

Leipzig: „Anti“-Faschisten überfallen Baufirma-Mitarbeiterin und schlagen sie



Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Die 34-jährige Mitarbeiterin eines Leipziger Immobilienunternehmens erlebte am Sonntag um 19 Uhr, was „Antifa“ laut Selbstdarstellung bedeutet: „Angriff“. Zwei Vermummte klingelten an ihrer Tür, verschafften sich gewaltsam Einlass, als sie ahnungslos öffnete und schlugen ihr dann mehrfach mit der Faust ins Gesicht, so dass sie verletzt wurde. Dabei riefen sie laut BILD „Schöne Grüße aus Connewitz“.

Das ist der Stadtteil in Leipzig, in dem Linksextremisten illegalerweise einige Häuser besetzt halten. Den Bau von neuen Wohnungen, in diesem Fall das Projekt „Südcarré“ in der Wolfgang-Heinze-Straße, betrachten sie als „Angriff auf einen linken Stadtteil und seine BewohnerInnen“, wie es in dem Bekenner schreiben auf Indymedia heißt.

Connewitz sei ein „Ort des Widerstandes gegen kapitalistische Verwertung, rassistische Ausgrenzung und staatlichen Terror“. Ein „Rückzugsort für Menschen, die sich an feministischen und sozialen Kämpfen beteiligen“. Projekte wie das Südcarré stellten „eine Bedrohung für Connewitz als politischen Raum“ dar.

In dem Indymedia-Schreiben sind der volle Name und die Adresse der Projektentwicklerin zu sehen, daher verlinkt PI-NEWS diesen Artikel zu ihrem Schutz auch nicht. Sie wohne „noch“ dort, also gehen die Linksfaschisten davon aus, dass sie wohl bald aus nackter Angst wegziehe. Wie der FOCUS meldet, hat sie vorübergehend Leipzig auch verlassen, da sie Angst vor weiteren Übergriffen habe.

Das brutale Schlagen ins Gesicht einer jungen Frau ist für die Straßenterroristen eine wirkungsvolle Maßnahme, um die Verantwortliche für den Bau eines „problematischen Projekts“ im Leipziger Süden „da zu treffen, wo es ihr auch wirklich weh tut“.

Leipzigs Oberbürgermeister Burkhard Jung (SPD) sieht laut BILD die linksextreme Szene in Leipzig auf einem Weg, der „zum politischen Mord nicht mehr weit“ sei. Die früheren Bekenntnisse, dass sich die Gewalt der „Anti“-Faschisten nur gegen Sachen und staatliche Institutionen richte, aber nicht gegen Personen, sei nun als „Lüge“ entlarvt. Jung fordert, dass der Rechtsstaat mit allen Mitteln und aller Konsequenz gegen den Linksextremismus eingreifen solle, dessen Menschenverachtung dem der „Rechten“ nicht nachstehe. Dieser für einen SPD-Politiker bemerkenswerten Feststellung sollten aber bald auch Taten folgen.

Sachsens Justiz-Minister und OB-Kandidat Sebastian Gemkow (CDU) ergänzt, dass man vor dem Linksextremismus die Augen nicht mehr verschließen dürfe. Die Strafverfolgungsbehörden würden alles daran setzen, dieser Entwicklung ein Ende zu bereiten.

Die BILD berichtet im Weiteren, dass in diesem Jahr sieben Brandanschläge auf Leipzigs Baustellen durchgeführt wurden, bei denen Bagger, Kräne und Baumaschinen in Flammen aufgingen. Ziel sei, die Bauarbeiten maßgeblich zu behindern.

Bei Facebook hat die Autorin Madlen Nimz einen hervorragenden

Kommentar zu diesem „linksextremistischen Schlägertrupp“ und seinen geistigen Gesinnungsgenossen veröffentlicht:

Der maoistische Mob ist der Ansicht, exklusive Besitzansprüche auf diesen Stadtteil erheben und festlegen zu dürfen, dass Andersdenkende und -lebende dort ohne sein Einverständnis weder bauen noch wohnen können.

Es lohnt sich absolut, das Bekennerschreiben auf Indymedia zu lesen und die Selbstverständlichkeit auf sich wirken zu lassen, mit der diese verbrecherischen Akteure auf ihr vermeintliches, ideologisch begründetes Recht pochen, in die Rechtsgüter anderer Bürger einzugreifen. Der ganze Text ist durchzogen von einer Grausamkeit, wie man sie immer dort vorfindet, wo nie ein Zwang zur Reflexion bestand und die Dämonisierung und Entmenschlichung des Anderen ungestört gedeihen konnte:

„Projekte wie das Südcarré stellen eine Bedrohung für Connewitz als politischen Raum dar. Jegliche Beteiligung an dem Projekt ist als Angriff auf einen linken Stadtteil und seine BewohnerInnen zu bewerten.“

Natürlich ist ein Stadtteil per se weder links noch rechts und auch kein „politischer Raum“. Als Bestandteil des öffentlichen Raums gehört er erst einmal allen, der Erwerb von Grund und Boden ist darüber hinaus, wie immer, vertraglich zu regeln. Sofern der Mob kein Vertragspartner ist, hat er über die diesbezüglichen Modalitäten nicht zu entscheiden.

Soweit die bürgerliche Realität. Die Vorstellungswelt dieser Menschen erhebt ein Stück städtisches Territorium jedoch zu einem exklusiven Funktionsraum einer bestimmten Weltanschauung, dessen Nutzung den Anhängern dieser Weltanschauung vorbehalten bleibt. Zynisch, wie Linksextremisten nun einmal sind, nennen sie dieses durch und durch totalitäre Konzept auch noch „Freiraum“. Man beachte

das Framing: Die Anderen „bedrohen“ und „greifen an“. Die eigene Barbarei muss somit Notwehr sein.

Unnötig zu erwähnen, dass das herbeifantasierte Recht auf einen „Rückzugsort“ exklusiv für Menschen mit der richtigen politischen Haltung gelten soll. Uns Islam- und Migrationskritikern würde gewiss kein solcher Rückzugsort zugestanden.

„Claudia P. wohnt aktuell (noch) in der XXXstraße 6 in 0xxxx Leipzig [...].“

Dieselben Akteure, die für sich einen ganzen Stadtteil als Safe Space reklamieren wollen und dabei weinerlich suggerieren, diesen angesichts der Bösartigkeit aller Anderen dringend zu benötigen, respektieren noch nicht einmal die Unverletzlichkeit der Wohnung ihres anvisierten Endgegners. Nachdem sie bereits selbst in die Wohnung des Opfers eingedrungen sind, kann die Veröffentlichung der Adresse (die ich hier bewusst schwärze) nur als Aufforderung zur Nachahmung verstanden werden. Man beachte die grausame Verhöhnung in Form des in Klammern stehenden „noch“: Schlagt ihr halt oft genug die Nase blutig, dann wohnt sie bald nicht mehr da.

„Das einzige auf das Kapitalanleger und Eigennutzer des Südcarres treffen werden, sind kaputte Scheiben, brennende Autos und kaputte Nasen. Verpisst euch aus Connewitz!“

Dazu muss wohl nichts mehr gesagt werden. Die Vollstrecker des „aufgebauchten Problems“ treffen hoffentlich auf einen gnadenlosen Rechtsstaat und auf jemanden, der bereit ist, diesen Sumpf trocken zu legen.

In den USA hat das Trockenlegen bereits begonnen: In New Jersey wurde die Antifa im Juni 2017 auf die Terrorliste gesetzt. US-Präsident Donald Trump hat sie im Juni dieses Jahres deutlich als Terror-Organisation bezeichnet. In Deutschland ist die AfD bisher die einzige Partei, die sich

für diese Einstufung einsetzt.



Michael
Stürzenberger

PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-Tochter Monika Hohlmeier und von 2014 bis 2016 Bundesvorsitzender der Partei „Die Freiheit“. Seine fundamentale Islamkritik muss er seit 2013 in vielen Prozessen vor Gericht verteidigen. Unterstützung hierfür ist über diese Bankverbindung möglich: Michael Stürzenberger, IBAN: CZ5406000000000216176056, BIC: AGBACZPP. Oder bei Patreon.